

12.10.2011

www.kas.de/Moskauwww.kas.de

Russlands Außenpolitik im Nahen Osten und Nordafrika am Beispiel der Libyenkrise

Das Verhalten der russischen Führung im Umfeld der Libyenintervention scheint uneinheitlich. Eine Analyse der Leitlinien russischer Außenpolitik und der Interessen des Landes kann Klärung verschaffen.

Auf den ersten Blick wirkt es wie ein Schlingerkurs. In der Anfangsphase der Unruhen hatte Präsident Dimitri Medwedew westliche Überlegungen zur Intervention in der Auseinandersetzung zwischen den Truppen Muammar-al Gaddafis und den Regimegegnern mit dem Hinweis auf die mögliche Schürung eines Jahrzehnte andauernden Bürgerkrieges und einer weiteren Destabilisierung der Region strikt zurückgewiesen¹. Nur wenige Wochen später am 17. März machte Russland dann bei der entscheidenden Abstimmung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Resolution 1973 durch seine Enthaltung den Weg frei für die Errichtung einer Flugverbotszone unter der Führung der NATO-Staaten.

Die Vorbehalte der russischen Regierung waren damit aber nicht vom Tisch, nur Tage später ließ Premierminister Wladimir Putin die Weltöffentlichkeit aufhorchen durch seine harsche Kritik an der Resolution und dem Vorgehen des Westens, das er polemisch mit den mittelalterlichen Kreuzzügen verglich. Auch wenn Staatschef Medwedew sich von den Ausführungen seines Premiers unverzüglich in aller Deutlichkeit distanzierte, so blieben doch auch in den kommenden

Wochen reservierte Töne gegenüber dem Einsatz in Regierungskreisen laut, wobei nun zusätzlich eine vermeintliche Überschreitung der durch das UN-Mandat erteilten Kompetenzen angeprangert wurde.² Als Alternative zur militärischen Lösung schlug man vielmehr die Rückführung der innenpolitischen Konfliktparteien an den Verhandlungstisch vor.³

Solche Initiativen zur Einbindung des libyschen Machthabers in die künftige politische Ordnung des Landes wurden dann spätestens Ende Mai fallengelassen. Auf dem Gipfelreffen der G8-Staaten erklärte die russische Führung ausdrücklich ihre Zustimmung zur Haltung des Gremiums, dass Gaddafi aufgrund der von seinem Regime zu verantwortenden Menschenrechtsverletzungen jegliche Legitimität verloren habe und daher unbedingt abtreten müsse.⁴ Nach den raschen militärischen Erfolgen, welche die Rebellen mit Unterstützung der alliierten Luftstreitkräfte im August erzielen konnten und die in die Übernahme der Hauptstadt Tripo-

²Militäreinsatz in Libyen. Russland bekräftigt Kritik an der NATO, in: <http://www.stern.de/news2/aktuell/militaereinsatz-in-libyen-russland-bekraeftigt-kritik-an-der-nato-1675226.html> (Zugriff: 28.09.11).

³Russland fordert von Sicherheitsrat Eintreten für unverzügliche Verhandlungen in Libyen, in: <http://de.rian.ru/politics/20110419/258884452.html> (Zugriff: 28.09.11).

⁴G8: Libya's Gaddafi "should go", say world leaders, in: <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-13572830> (Zugriff: 28.09.11).

¹Zigibayeva, Aigerim, What does the Arab Spring mean for Russia, Central Asia, and the Caucasus, Washington 2011, S.14.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
RUSSISCHE FÖDERATION
 DR. LARS PETER SCHMIDT
 MICHAEL HERR

12.10.2011

www.kas.de/Moskau
www.kas.de

lis mündeten, fand man sich schließlich kurz vor dem Auftakt der Pariser Libyen-Konferenz Anfang September bereit, den von den Aufständischen gegründeten Nationalen Übergangsrat als offizielle Vertretung des Landes anzuerkennen.

Welche Logik verbirgt sich hinter diesen Kurswechselln der russischen Regierung? Hypothesen können unter Berücksichtigung der allgemeinen Leitlinien russischer Außenpolitik, der Einstellung zu humanitären Interventionen und den konkreten Interessen des Landes im Arabischen Raum und Libyen aufgestellt werden.

Russische Außenpolitik und der Westen

Die Sowjetunion agierte nach dem Zweiten Weltkrieg für beinahe fünfzig Jahre als ein geopolitischer Hauptakteur. Die Russische Föderation als ihr maßgeblicher Nachfolger ist nach dem Zerfall des östlichen Machtblockes in ihren außenpolitischen Entfaltungsmöglichkeiten deutlich beschränkter, sie hat nicht den Status einer Weltmacht, sondern einer Vormacht in einem klar umrissenen Einflussgebiet, das im Wesentlichen mit dem Territorium der früheren Sowjetunion angegeben wird.⁵ Als Folge der Ermangelung von Möglichkeiten, internationale Machtverschiebungen wie zu Sowjetzeiten prinzipiell beeinflussen zu können, liegt der Außenpolitik Russlands eine zurückhaltende Einstellung gegenüber internationalen Interventionen zugrunde, weshalb es von Analysten auch als „Status-quo-Macht“ bezeichnet wird⁶.

Diese reservierte Grundhaltung ergibt sich jedoch nicht nur aus der Bewertung des ei-

⁵ Donaldson, N.; Noguee J.L., *The Foreign Policy of Russia. Changing Systems, Enduring Interests*, New York 2002, S.327.

⁶ Brenton, Anthony, *Russia and the Arab Spring*, in: <http://www.eurussiacentre.org/our-publications/column/russia-arab-spring.html> (Zugriff: 28.09.11).

genen machtpolitischen Potenzials, sondern ebenso aus der Wahrnehmung der außenpolitischen Umwelt, in der sich Russland seit 1991 bewegt. Gemäß den sicherheitspolitischen Konzepten der Regierung der letzten zehn Jahre findet Russland das internationale System in machtpolitischen Fragen prinzipiell durch den Westen und insbesondere die USA dominiert. Dieser Machtblock richte seine internationalen Handlungen streng an seinen eigenen Interessen aus und ver helfe diesen unilateral ohne die Einbindung anderer Akteure weltweit zur Durchsetzung.⁷ Innerhalb dieser Wahrnehmung wird die NATO nicht wie im Westen vornehmlich als friedenssicherndes Verteidigungsbündnis gesehen, sondern als expansives Instrument zur militärischen Durchsetzung westlicher Interessen, das auch das russische Sicherheitsbedürfnis bedrohen kann. Zur Untermauerung dieser Einschätzung werden hierbei auf Ereignisse wie die NATO-Osterweiterungen, die rasche Unterstützung der separierenden Kräfte in Jugoslawien, der ohne ein UN-Mandat erfolgten Militäraktion des Bündnisses in Serbien und im Kosovo und der, wenngleich ohne die Unterstützung der ganzen Allianz, ebenso einseitig erfolgten Invasion westlicher Streitkräfte im Irak verwiesen.

Dieser geopolitischen Einschätzung, gemäß derer Russland bei der machtpolitischen Ordnung der Gegenwart außen vor bleibt, setzt die Führung des Landes seine eigene außenpolitische Konzeption der „Multipolarität“ entgegen. Die Welt wird in diesem Ansatz trotz einer gewissen Vormachtstellung des Westens als von verschiedenen Machtzentren kontrolliert beschrieben. Um Sicherheit gewährleisten zu können, müsse vor allem die staatliche Souveränität der Systemteilnehmer geschützt werden. Auf der Grundlage dieser gegenseitigen Achtung

⁷ Mankoff, Jeffrey, *Russian Foreign Policy. The Return of Great Power Politics*, Plymouth 2009, S.14f.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
RUSSISCHE FÖDERATION
 DR. LARS PETER SCHMIDT
 MICHAEL HERR

12.10.2011

www.kas.de/Moskau
www.kas.de

sei dann durch den Abschluss bilateraler Abkommen zwischen den Akteuren Vertrauen zu generieren. Dieser teils positiven, teils normativen Beschreibung der internationalen Ordnung schließen sich im Übrigen auch aufstrebende Mächte wie China, Indien und Brasilien an, die sich wie Russland in der gegenwärtigen machtpolitischen Ordnung zu wenig repräsentiert finden.⁸

Aus der Wahrnehmung des gegenwärtigen internationalen Systems und der Rolle, die Russland innerhalb desselben zukommt, sowie dem Beharren auf dem Wert nationaler Souveränität als Gegenentwurf zu der als nachteilig angesehenen Ordnung ergibt sich eine grundsätzliche Vorsicht gegenüber militärischen, vom Westen angeführten Interventionen.

Humanitäre Interventionen und Russland

Nach der Klärung der russischen Position gegenüber der gegenwärtigen internationalen Ordnung im Allgemeinen muss nun das Verhältnis des Landes zu humanitären Interventionen, als welche der Libyeneinsatz offiziell gilt, aufgezeigt werden. Was ist unter diesem Begriff zu verstehen? Humanitäre Interventionen bezeichnen den Gebrauch von Gewalt durch einen Staat oder eine Gruppe von Staaten außerhalb des eigenen Territoriums zur Vorbeugung oder Unterbindung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen gegenüber Individuen, die nicht Bürger der intervenierenden Staaten sind.⁹ Zur Rechtfertigung solcher Einsätze, die sich in einem Spannungsverhältnis zum Prinzip der staatlichen Souveränität als der Grundlage des Völkerrechtes befinden, werden ethische Argumentationen ins Feld geführt. Von Utilitaristen wird beispielsweise darauf

⁸ Ebd., S.15.

⁹ Vgl. Holzgrefe, J.L.; Keohane, Robert O., *Humanitarian Intervention. Ethical, Legal, and Political Dilemmas*, Cambridge 2003, S.18.

hingewiesen, dass die Wirkung einer Handlung auf menschliches Wohlergehen die höchste moralische Urteilsnorm darstelle, also von größerer Bedeutung als staatliche Souveränität sei.¹⁰ Wichtiger sind jedoch legale Begründungen, also die Rückführung der Interventionen auf gültiges internationales Recht. Hierbei wird besonders auf die UN-Charta verwiesen, welche Menschenrechte neben Frieden und Sicherheit als ein Hauptanliegen der Vereinten Nationen definiert und ihre Mitglieder zur Durchsetzung derselben verpflichtet.¹¹

Obwohl sowohl die moralischen als auch die rechtlichen Begründungen der Einsätze unter Fachleuten höchst umstritten sind, konnte in den letzten 20 Jahren eine Vielzahl solcher Militäraktionen beobachtet werden. Nachdem im Kalten Krieg noch die staatliche Souveränität als unverletzlicher und höchster zwischenstaatlicher Wert gegolten hatte, wurden nun viele gewaltsame Einsätze, angefangen von der Aktion zum Schutz der Kurden im Nordirak 1991, mit dem Hinweis auf die Unterbindung von Menschenrechtsverletzungen begründet.¹² Bei einigen Aktionen wie der Somaliaintervention von 1992 waren die beteiligten Staaten mit einem Mandat des UN-Sicherheitsrats ausgestattet, bei anderen wie dem oben bereits angesprochenen NATO Einsatz zum Schutz der Zivilbevölkerung im Kosovo 1999 blieb eine solche Resolution aus.

Die russische Außenpolitik nahm gegenüber humanitären Einsätzen zu Beginn der 90er

¹⁰ Smith, Michael Joseph, *Sovereignty, Human Rights and Legitimacy in the Post-Cold War World*, in: <http://faculty.virginia.edu/irandhumanrights/mjsonsovty.htm> (Zugriff: 30.09.11).

¹¹ Wheeler, Nicholas J.; Bellamy, Alex J., *Humanitarian Intervention in World Politics*, in: Baylis, John; Smith, Steve (Hrsg.), *The Globalization of World Politics* (S.470-497), Oxford 2001, S.473.

¹² Ebd. S.480.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
RUSSISCHE FÖDERATION
 DR. LARS PETER SCHMIDT
 MICHAEL HERR

12.10.2011

www.kas.de/Moskau
www.kas.de

Jahre noch eine sehr reservierte Haltung ein. Spätestens seit dem Ende desselben Jahrzehnts hat das Land jedoch aufgezeigt, die Aufhebung der staatlichen Souveränität bei schweren Menschenrechtsverletzungen im Prinzip mitzutragen.¹³ Mit dem NATO-Einsatz im Kosovo hat das Land jedoch ebenso unmissverständlich klargemacht, dass es als unverzichtbare Voraussetzung hierfür die Erteilung eines Mandates durch den UN-Sicherheitsrat erachtet. Alle anderen Aktionen werden als Verletzung der UN-Charta und damit als eine unrechtmäßige Überschreitung der staatlichen Souveränität eines Mitgliedslandes angesehen.¹⁴ Als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates besitzt das Land die Möglichkeit, die Erteilung eines solchen Mandates durch ein Veto zu verhindern. Die Vorsicht gegenüber diesen Einsätzen begründet sich zum Teil auch in der oben ausgeführten Wahrnehmung der internationalen Ordnung. Wie im Kosovo verdächtigt Russland im Einzelfall den Westen, mit einer Intervention nicht oder nicht ausschließlich die Beendigung von Menschenrechtsverletzungen anzustreben, sondern unter dem Deckmantel der Humanität seinen eigenen strategischen Interessen nachzugehen.

Dennoch hat die Geschichte gezeigt, dass Russland bei schweren Menschenrechtsverletzungen bereit ist, trotz dieser Skepsis internationale Interventionen zum Schutz der Menschenrechte mitzutragen.

Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen

Welche Interessen stehen für Russland in der arabischen Welt und besonders in Libyen auf dem Spiel? Wegen der geographischen Nähe – das russische Staatsgebiet wird von der Region nur durch den dünnen Gürtel der ehemaligen sowjetischen Kauka-

susrepubliken getrennt – sind Naher Osten und Arabische Welt für die russische Außenpolitik seit jeher von großer Bedeutung. In der Sphäre der Sicherheitspolitik sind die russischen Interessen mit denen des Westens dabei annähernd deckungsgleich. Beide streben für die Region Stabilität und die Schwächung radikalislamischer Bewegungen an; die Übernahme der Staatsmacht durch islamistische Kräfte in einem Land ist für beide Seiten ein dringend zu vermeidendes Szenario, da hierdurch mit großer Wahrscheinlichkeit ein Unterschlupf für den internationalen Terrorismus entstehen würde, der eine gemeinsame Bedrohung darstellt. Für Russland ist diese Zielsetzung vielleicht sogar von größerer Bedeutung, da in den mehrheitlich muslimischen Republiken des Nordkaukasus innerhalb des Staatsgebietes der Russischen Föderation große Bevölkerungsteile mit dem Gedankengut des politischen Islam sympathisieren, die durch solche Revolutionen in der Nachbarregion ebenfalls mobilisiert werden könnten.¹⁵

Darüber hinaus besitzt Russland auch wesentliche wirtschaftliche Interessen in dem Gebiet. Nicht zuletzt sind die Weltmarktpreise für Rohöl und Gas, ein bedeutender Faktor für den russischen Staatshaushalt, von den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region abhängig.

Mit Libyen im Speziellen unterhielt Russland darüber hinaus im Vergleich zu anderen Staaten der Arabischen Welt besonders enge Wirtschaftsbeziehungen; wie für viele westliche Länder auch war das Gaddafi-Regime für die Russische Föderation seit einigen Jahren ein geschätzter Geschäftspartner. Seit die staatliche Waffenexportbehörde „Rosoboronexport“ vor zwei Jahren einen Vertrag zur Lieferung von Kampfflugzeugen und Panzern mit einem Volumen

¹³ Ebd. S.489.

¹⁴ Russische Stellungnahme vom 24. März 1999, im UN-Sicherheitsrat S/PV.3988.

¹⁵ Zigibayeva, Aigerim, What does the Arab Spring mean for Russia, Central Asia, and the Caucasus, Washington 2011, S.10.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
RUSSISCHE FÖDERATION
 DR. LARS PETER SCHMIDT
 MICHAEL HERR

12.10.2011

www.kas.de/Moskau
www.kas.de

von über zwei Milliarden US-Dollar abgeschlossen hat, gilt das Land als einer der größten Absatzmärkte der russischen Waffenindustrie. Darüber hinaus hatte Libyen auch für den russischen Energiesektor eine nicht unwesentliche Bedeutung. Bisher waren bereits der Ölkonzern aus der russischen Teilrepublik Tatarstan „Tatarneft“ und der russische Gasmonopolist Gazprom mit dreistelligen Millionenbeträgen an der Ausbeutung fossiler Brennstoffe in Libyen beteiligt. Auch die Gazprom Tochtergesellschaft „Gazprom Neft“ plante einen großangelegten Einstieg in die Ölförderung des Landes, noch zu Beginn des Jahres wurde mit dem bisher allein die Förderrechte haltenden italienischen Energieversorger „Eni“ eine Beteiligung an der Erschließung des Ölfeldes „Elefant“ 800 km südlich von Tripolis zu sehr günstigen Bedingungen vertraglich vereinbart. Die Gegenzeichnung durch die libysche Regierung konnte allerdings vor dem Beginn der Kampfhandlungen nicht mehr eingeholt werden, weshalb das Projekt nun vollständig auf der Kippe steht.¹⁶

Ein weiteres bedeutendes Standbein der russisch-libyschen Wirtschaftsbeziehungen ist das Engagement der russischen staatlichen Eisenbahngesellschaft RSD, die von der Vorgängerregierung den Auftrag zum Bau der Bahnstrecke Sirte-Bengasi und der notwendigen Infrastruktur erhalten hatte. Die Bauarbeiten, die planmäßig 2013 hätten abgeschlossen werden sollen, wurden nach Beginn der Kampfhandlungen eingestellt.¹⁷

Dass diesen engen Geschäftsbeziehungen auch von Mitgliedern der russischen Administration eine besondere Bedeutung zuge-

¹⁶ Die Achse Moskau-Tripolis. Eine unheilige Allianz, in: <http://www.welt.de/politik/ausland/article12889595/Die-Achse-Moskau-Tripolis-eine-unheilige-Allianz.html> (Zugriff: 28.09.11).

¹⁷ Russland kann Milliarden in Libyen verlieren, in: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,6607515,00.html> (Zugriff: 28.09.11).

schrieben wurde, belegten die Äußerungen des früheren russischen Botschafters in Libyen Wladimir Tschamow, der die russische Enthaltung im UN-Sicherheitsrat mit dem Hinweis auf die wirtschaftlichen Verbindungen als Verrat an den Interessen des Landes bezeichnete und infolge dieser harschen Kritik am Kurs der Führung abgesetzt wurde.¹⁸

Das russische Engagement in Libyen weist im Übrigen auch auf die besonderen Beziehungen zurück, welche die libysche Führung mit der Sowjetunion unterhielt. Libyen galt damals als Verbündeter und ausgewiesener Außenposten der Sowjetdiplomatie in Nordafrika. Das Land erhielt von Moskau im großen Maße materielle Unterstützung. Daher verfolgte die Führung des Landes den Zusammenbruch der Sowjetunion mit großem Argwohn und fand sich in der Folge sogar nicht bereit, die Übernahme des Gläubigeranspruches der libyschen Schulden gegenüber der UdSSR durch die Russische Föderation zu akzeptieren.¹⁹ Unter der Präsidentschaft Wladimir Putins wurde im Jahre 2008 zuletzt eine Einigung erzielt, die libyschen Schulden durch Großaufträge an russische Unternehmen abzubauen, wodurch sich die gegenwärtigen engen Beziehungen erklären.²⁰

Interessenskonflikte

Unter Berücksichtigung der aufgezeigten unterschiedlichen Interessenslagen, die teilweise widersprüchliche Handlungsmaxi-

¹⁸ Sacked ambassador stokes Russian tension over Libya, in: <http://www.guardian.co.uk/world/2011/mar/24/sacked-ambassador-russian-tension-libya> (Zugriff: 28.09.11).

¹⁹ Donaldson, N.; Noguee J.L., *The Foreign Policy of Russia. Changing Systems, Enduring Interests*, New York 2002, S. 305.

²⁰ Kreml in der Klemme: Russlands Interessen in Libyen, in: http://www.aktuell.ru/russland/wirtschaft/kreml_in_der_klemme_russlands_interessen_in_libyen_2214.html (Zugriff: 28.09.11).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
RUSSISCHE FÖDERATION
 DR. LARS PETER SCHMIDT
 MICHAEL HERR

12.10.2011

www.kas.de/Moskau
www.kas.de

men vorgeben, kann zuletzt eine Interpretation der russischen Libyenpolitik in Hinblick auf eine Handlungsstrategie gewagt werden.

Trotz der prinzipiellen Skepsis, welche die russische Führung einer internationalen Intervention unter der Führung westlicher Staaten im Allgemeinen entgegenbringt²¹, und entgegen den Bedenken wegen einer weiteren politischen Destabilisierung der Region und der Torpedierung wirtschaftlicher Interessen, stimmte die russische Führung angesichts der immanenten Gefährdung der Zivilbevölkerung und der systematischen Verletzung der Menschenrechte durch das Gaddafi-Regime der UN-Resolution zur Einrichtung der Flugverbotszone zu. Gewiss verstärkt wurde der Anreiz, die strategischen und materiellen Interessen des Landes hinten ansetzen zu lassen, durch die sich abzeichnenden Mehrheitsverhältnisse im Sicherheitsrat, bei denen Russland aller Voraussicht nach als einzige Vetomacht die Resolution zurückgewiesen hätte; Russland wäre auf diese Weise wohl in die moralische Verantwortung für den Fortgang der Verbrechen des Regimes genommen worden.

Nach der Verabschiedung der Resolution kamen die Bedenken aber wieder zum Tragen, nicht unbedingt bei Putins Kreuzzugentgleisung, die wohl eher als innenpolitisches Manöver verstanden werden muss, sondern bei den Ermahnungen der russischen Führung zur Einhaltung der durch die Resolution erteilten Kompetenzen. Diese Warnungen können als Zurückweisung unilateraler militärischer Manöver in einer Kontinuität mit der Ablehnung der einseitig

durch den Westen bestimmten geostrategischen Aktionen der letzten 20 Jahre gesehen werden. Mit den Aufforderungen zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien wurde freilich vorübergehend versucht, die Unterbindung der Menschenrechtsverletzungen und die Aufrechterhaltung des, dann womöglich machtpolitisch beschnittenen, Gaddafi-Regimes gleichzeitig zu erreichen. Diesem Königsweg, der die russischen Interessen mit dem humanitären Handlungsgebot in Einklang gebracht hätte, waren aber wegen der mangelnden Kooperationsbereitschaft der beteiligten Parteien von vornherein keine großen Erfolgsaussichten beschieden. Nach dem Andauern der Kriegshandlungen und der Menschenrechtsverletzungen ließ die russische Führung Gaddafi zuletzt vollständig fallen, als Folge der militärischen Siege erkannte man schließlich den libyschen Übergangsrat an.

Entgegen strategischer Bedenken hat Russland zuletzt also den Weg zur Intervention freigemacht. Dass eine solche Prioritätensetzung für die russische Außenpolitik keinesfalls selbstverständlich ist, beweist ein Blick auf die gegenwärtig noch andauernden Auseinandersetzungen in Syrien zwischen der Opposition und der autoritären Regierung um Präsident Assad. Die seit Monaten gemeinsam mit China praktizierte russische Ablehnung aller das Regime zur Einstellung der Gewalt auffordernden Resolutionsentwürfe im Sicherheitsrat, die den Begriff Sanktionen in noch so vage formulierter Form beinhalten, hat angesichts von bisher mindestens 2900 Toten eine Menge Unverständnis hervorgerufen, nicht nur bei den Regierungen des Westen, sondern auch bei vielen demokratisch gesinnten Bürgern im Arabischen Raum und überhaupt bei Menschenrechtlern in allen Teilen der Welt. Dabei gestalten sich die nationalen Interessen des Landes ganz ähnlich wie zuvor in Libyen, auch zu Assads Regime unterhält Russland gute wirtschaftliche Beziehungen, besonders im Rüstungs- und Rohstoffsektor.

²¹ Vergleiche hierzu Primakow, der bei der Analyse der Libyenkrise als eine Ursache fehlender Stabilität im Nahen Osten die ständige Einmischung äußerer Akteure ausmacht, die zunehmend zur Norm werde: Primakow, Jewgeni, Mysli wsluch, (Мысли вслух), Moskau 2011, S.205.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
RUSSISCHE FÖDERATION
DR. LARS PETER SCHMIDT
MICHAEL HERR

12.10.2011

www.kas.de/Moskau
www.kas.de

In der diplomatischen Sphäre gilt es ebenso als langjähriger Verbündeter, auf dessen Staatsgebiet Russland sogar seinen einzigen Militärstützpunkt außerhalb des ehemaligen Sowjetterritoriums unterhält. Bei der Verteidigung der Blockadehaltung werden von der russischen Führung übrigens einige der herausgearbeiteten außenpolitischen Erwägungen offen angeführt, der Konflikt wird als eine von beiden Seiten aggressiv geführte innersyrische Angelegenheit bezeichnet, in welche sich eine Einmischung nicht ziemt. Es bleibt zu hoffen, dass das Land diese Einstellung wie im analysierten Fall überdenkt und mittels der Unterstützung von Sanktionen und der Einstellung der Waffenlieferungen an Assad zur Entschärfung der Auseinandersetzung beiträgt.

In der Libyenkrise hat das Land den Kurs der internationalen Gemeinschaft gegen den libyschen Diktator, der sich für eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen verantworten muss, mitgetragen und damit den Weg zu einer politischen Neuordnung des Landes freigemacht. An der Diplomatie des Nachfolgeregimes liegt es nun, den von Russland geleisteten Beitrag anzuerkennen und die besonderen Beziehungen der beiden Länder unter neuen politischen Vorzeichen zu reaktivieren. Erste Schritte in diese Richtung hat der Übergangsrat mit der Verkündung einer Einhaltung der unter Gaddafi geschlossenen Wirtschaftsverträge bereits beschritten.²²

²² Rossija-Liwija: budutschschiee bisnes-projektow (Россия-Ливия: будущее бизнес-проектов), in:
http://www.bbc.co.uk/russian/russia/2011/09/110901_russia_libya_contracts.shtml
(Zugriff:28.09.11).